

Stand: 25.04.2026 06:56:42

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/10661

"Änderungsantrag Haushaltsplan 2026/2027; hier: Stärkung der polizeilichen Präventions- und Resilienzstrukturen (Kap. 03 18 Tit. 812 01)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/10661 vom 09.03.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11323 des HA vom 17.03.2026



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Josef Zellmeier, Holger Dremel, Daniel Artmann, Barbara Becker, Maximilian Böttl, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Thorsten Freudenberger, Alfred Grob, Patrick Grossmann, Josef Heisl, Thomas Holz, Manuel Knoll, Harald Kühn, Werner Stieglitz, Martin Stock** und **Fraktion (CSU)**,

Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Haushaltsplan 2026/2027;

**hier: Stärkung der polizeilichen Präventions- und Resilienzstrukturen
(Kap. 03 18 Tit. 812 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 03 18 wird der Ansatz im Tit. 812 01 (Erwerb von Geräten, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenständen) für das Jahr 2026 von 2.780,7 Tsd. Euro um 1.045,0 Tsd. Euro auf 3.825,7 Tsd. Euro erhöht.

Die Deckung erfolgt aus Kap. 13 02 Tit. 893 06.

Begründung:

Die sicherheitspolitische Lage ist durch hybride Bedrohungen, Cyberangriffe sowie komplexe Gefahrenlagen geprägt. Gleichzeitig kommt der präventiven Sicherheitsarbeit eine zentrale Rolle zu. Ziel der Maßnahme ist es, sowohl die präventive Bürgerarbeit als auch die infrastrukturelle Resilienz der Bayerischen Polizei zukunftsfähig auszubauen.

Präventionszentrum Polizeipräsidium Mittelfranken (25,0 Tsd. Euro)

Beim Polizeipräsidium Mittelfranken soll ein modernes Präventionszentrum eingerichtet werden, das technische und verhaltensorientierte Präventionsarbeit bündelt.

Das Zentrum verbindet analoge Exponate (z. B. Einbruchschutz) mit digitaler Ausstattung und ermöglicht neue, interaktive Vermittlungsformate. Durch die Anbindung mehrerer Kriminalpolizeiinspektionen entsteht ein regionaler Knotenpunkt mit Modellcharakter für weitere Präsidien im Freistaat.

Die Maßnahme stärkt nachhaltig die Präventionsarbeit und fördert innovative Formen der Sicherheitskommunikation.

(Eigen-)Schutz der Polizei vor hybriden Bedrohungen (1.000,0 Tsd. Euro)

Die Bayerische Polizei sieht sich zunehmend gezielten Angriffen auf ihre Infrastruktur ausgesetzt. Zur Stärkung des Behördenselbstschutzes sind technische Schutzsysteme und Modernisierungen erforderlich.

Insbesondere die Ertüchtigung der Videoüberwachung an Liegenschaften sowie spezialisierte Einsatzmittel im Bereich der Gefahrenabwehr tragen dazu bei, die Handlungsfähigkeit auch in Krisen- und hybriden Bedrohungslagen sicherzustellen.

Mit der Maßnahme wird die Resilienz der Sicherheitsarchitektur im Freistaat gezielt gestärkt. Zugleich trägt sie den veränderten Bedrohungsformen hybrider Angriffe Rechnung und entwickelt die Schutzstandards polizeilicher Infrastruktur vorausschauend und strukturell weiter.

Außenbeleuchtung der Polizeiinspektion Obernburg (20,0 Tsd. Euro)

Die Mittel dienen der Stärkung des Selbstschutzes bei der Polizeiinspektion Obernburg. Insbesondere die Installation von LED-Leuchtmitteln im Außenbereich soll dazu beitragen, die Sicherheit an der Dienststelle strukturell weiterzuentwickeln.

Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11323 des HA vom 17.03.2026

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)